Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINCINNATIER VOLKSBLATT, BOX 228
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
No. 127 Ost Siebente Straße.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2024
Redaktion.....Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Avenue.
Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Oestlicher und westlicher Vertreter
Howard C. Story
New York — 1108 Fünfte Avenue Gebäude.
Chicago — 664 Peoples Gas Gebäude.
Philadelphia — 924 Arch Straße.

Samstag, den 27. Juni 1914.

Nirgends nehmen Feuersbrünste einen solch katastrophenartigen Karakter an, wie bei uns. Feuerschaden, der bis in die zehn Millionen geht, kommt nur in diesem Lande vor. Das ist selbstverständlich keinem Zufall zuzuschreiben, sondern beruht auf gewissen Ursachen und das ist die feuerschwache Bauart der Häuser, daß ein Brand nicht auf den ursprünglichen Heerd beschränkt werden kann, sondern nach allen Seiten um sich greift. Zu verwundern ist, daß die Versicherungs-Kompagnieen dagegen nicht energischer Front machen. Die hohen Prämien, die in diesem Lande berechnet werden, sind nicht annähernd so profitabel, wie die bedeutend niedrigeren Prämien in Europa, wo solch ungeheurer Feuerschaden wie bei uns in Folge der solideren Bauart der Häuser nicht stattfinden kann. Zu verwundern ist, daß die Versicherungs-Kompagnieen gegen solch riesige Verluste aufzukommen vermögen.

Bei Polititern besteht die Neigung, jedes Ereigniß ihrer Theorie anzupassen. Weil jetzt die Trustgesetze agitirt werden, schreibt man das Claflinsche Fallissement dieser Agitation zu. Das ist die bekannte Irrlehre, die als „post hoc propter hoc" bekannt ist. Wenn wir auch, wie bekannt, nicht das Mindeste für die geplante Trustgesetzgebung übrig haben, so darf man doch keine falschen Folgerungen daraus ziehen, weil dadurch richtige Wahrnehmungen verdunkelt werden, die speziell aus dem in Rede stehenden Fallissement hervorleuchten. Wie in den Depeschen mitgetheilt wird, gerieth die Firma durch die Panik von 1907 in Schwierigkeiten und überbrückte diese zeitweilig durch eine Anleihe, welche die Morgans machten. Aber die Liquidation wurde, wie in so vielen anderen Fällen dadurch nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Im Uebrigen läßt die Erklärung der Claflins ersehen, daß sie ihre Verlegenheit gar nicht dem Trustgesetze zuschreiben, sondern der Umwälzung in den geschäftlichen Verhältnissen der Stadt New York, die bereits eine Anzahl anderer Firmen auf den Strand getrieben hat.

Im Senat werden lebhafte Debatten über die Trust-Bill geführt, welche die Unterdrückung des unlauteren Wettbewerbs zum Zweck hat. Wie zu ersehen ist, nehmen auch demokratische Senatoren gegen die vom Präsidenten unterbreitete Bill Stellung. Ihre Argumente wiederholen in der Hauptsache, was wir bereits darüber gesagt haben, nämlich, daß es nicht möglich sei, alle Fälle von unlauterem Wettbewerb vorauszusehen, daraus müsse sich ergeben, daß Formen des unerlaubten Wettbewerbs, welche die Bill nicht verbietet, gestattet wären. Es wird den Advokaten nicht schwer fallen, den Monopolisten einen Weg zu zeigen, wie sie das Gesetz umgehen könnten. Das gegenwärtige Gesetz ist ein großes Netz, in welchem man alle Monopolisten fangen kann. Das beabsichtigte Gesetz bildet eine Anzahl von kleinen Netzen, mit welchen man nur eine bestimmte Klasse von Monopolisten fangen kann. Dann ist noch ein Punkt hervorzuheben, der nicht gebührend Erörterung gefunden hat und das ist die Unsicherheit, in welche alle Fabrikanten und Kaufleute versetzt werden, wenn, wie das Gesetz es beabsichtigt, eine Kommission die Aufsicht über die geschäftlichen Unternehmungen in den Ver. Staaten führt und es von ihrem Gutdünken abhängt, ob ein Geschäft in gesetzlicher Weise betrieben wird, oder nicht.

Japan schlägt in seinen Noten, welche Beschwerde über das californische Landgesetz führen, einen sehr energischen Ton an. An gewissen Stellen hören die sonst so geschmeidigen Japaner auf, eine diplomatische Sprache zu führen. So deutlich, wie Worte es vermögen, wird gesagt, daß die Streitfrage nicht beschwichtigt oder überbrückt werden kann, sondern direkt und entschieden wird die Forderung gestellt, daß die Ver. Staaten das californische Landgesetz beseitigen, welches Japaner am Bodenerwerb verhindert. Die Frage ist jetzt nur noch, ob das ernst gemeint oder nur für den heimischen Konsum berechnet ist, d. h. zur Beschwichtigung der japanischen Jingos dienen soll. Ist Ersteres der Fall, so ist deswegen noch nicht auf einen Krieg zu schließen, denn Japan ist außer Stande, einen solchen gegen uns zu führen, aber Repressalien in der Art scheinen in Aussicht zu stehen, daß den Amerikanern die Handelsrechte in Japan verkürzt werden. Diejenigen, welche die Sachlage für ernst halten, schlagen eine Verweisung der Angelegenheit an das Haager Tribunal vor. Aber darauf wird der Senat, der darüber zu entscheiden hat, schwerlich eingehen, es sei denn, daß das Volk darauf besteht. Japan zufrieden zu stellen. Es wäre interessant, zu erfahren, was der Präsident zu thun gedenkt, aber dieser scheint nicht zu ahnen, daß er vor einem äußerst schwierigen, sogar gefährlichen diplomatischen Problem steht.

Die Erklärung Roosevelts, daß er Perkins nicht fallen lassen werde, hat nicht geringe Bestürzung in den Reihen der progressiven Politiker hervorgerufen. Nicht mit Unrecht machen sie geltend, daß sie nicht wissen, wie sie vor den verschiedenen Volksklassen sich rechtfertigen sollen, wenn Perkins, als einer der Hauptführer der Partei verbleibt. Bei den Farmern ist Perkins, als Präsident des Erntemaschinen-Trusts, gründlich verhaßt. Sie können die heftigen Kämpfe nicht vergessen, die sie gegen die monopolistische Gewinnsucht des Trusts geführt haben. Für die Arbeiter ist es undenkbar, daß sie sich einer Partei anschließen, deren Führer einer der erklärtesten Feinde der Unionen ist und die Bevölkerungsklassen, die im Monopolismus das größte Uebel des Landes erblicken, können sich nicht für den Mann begeistern, dessen politisches Programm in der Legalisirung der Monopole besteht. Eine wichtige Beobachtung als Folge der Rooseveltschen Erklärung ist, daß verschiedene prominente Progressive die Absicht haben durchblicken lassen, zur demokratischen Partei überzugehen, wenn sie in ihrer Partei nicht mehr bleiben können. Was sie dazu veranlaßt, ist die Ansicht, daß die republikanische Partei noch bei dem extremen Konservativismus beharrt, den man als Standpatterei bezeichnet. Das ist eine Anschauung, die an den Thatsachen keine Stütze findet. Die Niederlage von 1912 hat ihre belehrende Wirkung gehabt. Die Majorität in der republikanischen Partei ist progressiv. Es sind wohl noch vereinzelte Reaktionäre vorhanden, aber damit verhält es sich in der demokratischen Partei nicht anders. Aber die reaktionären Elemente würden bis auf die letzte Spur verschwinden, wenn die Progressiven ins republikanische Lager zurückkehren. Sie begehen einen ernstlichen Fehler, wenn sie eine andere Entscheidung treffen.

Ein Kampf gegen korrupte Gesetze.

Senator Borah von Idaho hat angekündigt, daß er einen kräftigen Kampf gegen die Fluß- und Hafen-Bill führen werde, welche 94 Millionen Dollars verwilligt. Senator Kenyon von Iowa wird ihn darin unterstützen. Senator Burton hat diesen Kampf schon in einem Minoritäts-Bericht eröffnet, worin er die unnöthigen Verwilligungen scharf kritisirt. Dem Namen nach hat die Bill den Zweck, die Wasserstraßen des Landes und die Häfen in gutem schiffbaren Zustande zu halten, gewiß eine höchst wichtige Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Aber unter dem Aushängeschild der öffentlichen Verbesserungen wird ein großer Theil der Gelder für private Zwecke verwandt.

Die Privat-Interessen, welche sich auf öffentliche Kosten mästen, sind in diesem Falle in erster Reihe die Grundeigenthums-Spekulanten. Wenn sie eine große Parzelle Land irgendwo in der Umgegend einer Hafenstadt erworben haben, läßt sich ein guter Gewinn erzielen, wenn an einem Bach, der die Parzelle durchfließt, die Bundes-Regierung ein Dock anlegt. Der betreffende Senator oder Kongreß-Repräsentant wird angegangen, eine Verwilligung für solchen Zweck zu beschaffen, was mit Bereitwilligkeit geschieht, ob aus vermeintlichem öffentlichem Interesse oder weil er an der Grundeigenthums-Spekulation betheiligt ist, läßt sich nicht ermitteln. Aus den Thatsachen ist ersichtlich, daß mit öffentlichen Geldern eine Verbesserung von privatem Eigenthum vorgenommen wird. Schiffahrts-Gesellschaften ziehen es ebenfalls vor, Docks von der Regierung, als mit eigenem Gelde bauen zu lassen. Wenn Eisenbahnen ihre Bahnhofs-Räumlichkeiten, die sich in der Nähe von kleinen Flüssen oder auch von Seen befinden, auszudehnen wünschen, läßt sich das am wohlfeilsten bewerkstelligen, indem man auseinandersetzt, daß es ein großer Gewinn für die Schiffahrt wäre, wenn die seichten Stellen aufgeschüttet und der Strom im richtigen Bette vertieft wird. Durch die Aufschüttung gewinnt die Bahn den nöthigen neuen Raum und wenn dann die Regierung an dem vertieften Gewässer noch ein Dock anlegt, dann ist das ein weiterer Gewinn für die Bahn. Besonders erfolgreich in der Auffindung von nöthigen Fluß-Korrekturen sind die großen Baggerungs-Kompagnieen. „Es gibt kein Bächlein noch so klein, es muß gut gebaggert sein", lautet der patriotische Hymnus, den sie dem Kongreß vorsingen und der stets begeisterten Wiederhall findet. Macht das Bächlein in seinem Laufe hundert Windungen, desto besser, dann gibt es noch mehr zu baggern. Besitzt es auch nicht den mindesten Werth für die Schiffahrt, so erfüllen die Arbeiten doch den praktischen Zweck, eine große Anzahl Leute zu beschäftigen, die am Wahltage mit ihrem Votum für die Gefälligkeit quittiren, die ihnen das Kongreßmitglied erwiesen hat, indem es ihnen Arbeit beschaffte.

Nun sollte man meinen, daß der Reformeifer der letzten Jahre auch hierin hätte eine Besserung bringen sollen. Statt dessen ist eine beständige Verschlimmerung nachweisbar, was ja auch seinen Grund hat, den man jedoch nicht als patriotisch bezeichnen kann. Ehe das Zivildienst-System eingeführt wurde, war die Aemterbeute bedeutend größer und auch der Einfluß der Kongreß-Mitglieder weitreichender. Auch wenn kein Aemterwechsel stattfand, hatte der Aemterinhaber das Bewußtsein, daß er von seinem Kongreß-Mitglied am Posten gehalten werde und er suchte sich durch fleißige Wahlagitation dieser Gunst zu versichern. Jetzt aber, wo so viele Aemter dauernd besetzt sind und das Kongreß-Mitglied keinen Einfluß hierin ausübt, hat sich Mangel an Wahlagitatoren eingestellt; denn der Beamte, der sich auf sein eigenes Verdienst stützen muß, hat keine Veranlassung mehr, sich für die Kongreß-Mitglieder seines Distrikts anzustrengen. Aus der Nothwendigkeit, politische Kreaturen zu schaffen, ist das Fluß- und Hafen-Etat beständig gewachsen und in diesem Jahre beläuft es sich auf die Rekord-Ziffer von nahe 94 Millionen Dollars. Das hat doch das Gewissen einer kleinen Anzahl von Mitgliedern in beiden Häusern gerührt und sie wollen das Bestes versuchen, um diese Vorlage, welcher die politische Korruption an der Stirne geschrieben steht, zu Fall zu bringen.

Einer der eifrigsten Kämpfer im Hause gegen diese korrupte Vergeudung der öffentlichen Gelder ist James A. Frear von Wisconsin. Dieser hat das diesjährige Budget mit seiner Verpflichtung von 94 Millionen Dollars einer gründlichen Prüfung unterzogen, hat festgestellt, welche verschiedenen privaten Interessen begünstigt werden und auch ermittelt, wie diese gewissenlosen Verwilligungen zur Annahme gelangen. Der Theorie zufolge soll das Ingenieurs-Departement der Regierung für eine ehrliche und wissenschaftliche Behandlung des Fluß- und Hafen-Etats sorgen. Der Wille dazu ist vorhanden, aber er wird durch politischen Einfluß überwunden. Wenn ein Posten, den ein Kongreß-Mitglied gewünscht hat, nicht angeführt steht, so wird er im Senat oder im Hause eingeschoben. Das Ingenieurs-Departement erhebt keine Stimme dagegen, weil es erstens keine Gelegenheit dazu hat, zweitens doch kein Gehör finden würde, aber auch deswegen, weil es dem Avancement nicht förderlich wäre, sich Feinde im Kongreß zu machen.

Auf Grund dieser Wahrnehmungen ist Repräsentant Frear dagegen, jetzt schon irgend einen Plan zur Ordnung der Verhältnisse zu formuliren. Das soll erst geschehen, nachdem das Publikum gründlicher in dieses Geheimniß der politischen Korruption, welche jede Fluß- und Hafen-Verwilligung darstellt, eingeweiht ist. Mit anderen Worten, er verlangt eine öffentliche und gründliche Untersuchung des Etats, ein Verhör, in welchem jedes für einen Posten im Etat verantwortliche Mitglied vor den ganzen Ver. Staaten anzugeben hat, warum es eine solch offenkundige Vergeudung der öffentlichen Gelder fordert. Wenn dem Publikum die Augen geöffnet sind und wenn es gesehen hat, wie es begaunert wird, dann erst soll ein Plan zur besseren Abfassung des Etats ersonnen werden. Der unseres Ermessens richtige Weg würde sich an das europäische Muster anlehnen, daß das Etat von Fachleuten ausgearbeitet wird und der Kongreß dieses verkürzen, aber nicht weiter erhöhen darf. Eine solche Reform wird jedoch, wie Repräsentant Frear richtig mittheilt, nicht eher zu erlangen sein, bis das Publikum, das durch die Enthüllung aufgeklärt und entrüstet ist, sie mit Entschiedenheit fordert. In dieser Sitzung wird aber der Gedanke nicht durchdringen. Die demokratischen Führer geben wohl zu, daß die d—d Reformer ihnen Schwierigkeiten machen werden, aber die Passirung des Etats, trotz seiner Ungeheuerlichkeit, nicht aufhalten können. Nur Einer kann dem Repräsentanten Frear und den Senatoren Borah, Kenyon und Burton werthvolle Unterstützung leihen. Das ist Präsident Wilson, indem er das Etat vetirt. Verschiedene Präsidenten sind in solcher Weise eingeschritten, andere haben durch Androhung eines Vetos die Streichung der schlimmsten Paragraphen durchgesetzt. Der Präsident hat so weit von einer solchen Absicht nichts verlauten lassen, obwohl er doch sonst sein Auge auf allerlei mögliche Dinge richtet. Sollte er etwa auch der Ansicht sein, daß bei Kongreßwahlen geschmiert werden muß und daß die Kongreß-Mitglieder seiner Partei bessere Aussicht auf Erwählung haben, wenn mit den Verwilligungen des Fluß- und Hafen-Etats Stimmen geworben werden? Es wäre sehr zu bedauern, wenn er eine solche Ansicht hegen sollte, aber den Beweis, daß er mit politischer Gaunerei sich nicht befassen will, kann er nur durch ein Veto liefern.

Lokal-Bericht

Unglücklicher Schlag.

Daniel Healy durch einen Schlag zu Boden gestreckt und brach das Genick.

Einen betrübenden Ausgang nahm ein Handgemenge, welches sich in der Gastwirthschaft von Jacob Behlen, No. 3333 Eastern Avenue zwischen dem Schankkellner Harry Hemler und dem 19 Jahre alten Daniel Healy von No. 3547 Eastern Avenue abspielte. Healy wurde von Hemler durch einen Schlag zu Boden gestreckt und trug einen Genickbruch davon, welcher seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Hemler behauptet in Selbstvertheidigung gehandelt zu haben, wurde aber trotzdem in Haft genommen.

Wie Hemler erzählte, erschien Healy in dem Lokal und verlangte für fünf Cents Bier in einem Gefäß. Hemler weigerte sich, dem Kunden das gewünschte Getränk zu geben, worüber Healy sehr ärgerlich geworden sein soll, hinter den Schanktisch kam und Hemler ins Gesicht schlug. Hierüber entstand ein Handgemenge und brachte Hemler den auffässigen Kunden auf die Straße. Hier schlug Healy wieder auf Hemler ein, worauf derselbe den Schlag abwehren wollte und Healy auf den Kopf schlug. Healy stürzte gegen eine Bordschwelle und blieb bewußtlos liegen.

Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der junge Mann einem Genickbruch erlag und der Coroner bestätigte dies. Hemler ist ein Sohn des Polizisten Bernard Hemler vom 4. Polizeidistrikt. Der Polizist ist jedoch von seiner Frau geschieden und letztere heirathete Jakob Behlen. Harry Hemler, welcher jetzt 24 Jahre alt ist, zog zu seiner Mutter und fand bei seinem Stiefvater Anstellung als Schankwärter.

Geburten.

Andre und Mary Marks, John Str., Mädchen.

Louis und Janie Goode, 1012 Lincoln Ave., Mädchen.

John und Martha Cole, 510 Lock Str., Knabe.

Charles und Clara Reisenberger, 212 Kinsey Ave., Knabe.

Robert und Carrie Hengge, 959 Hawthorne Ave., Knabe.

Othman und Eleanor Möller, 2546 Homestead Place, Knabe.

Frank und Eleanor Münch, 2227 Chickasaw Str., Zwillinge (Mädchen).

Leo und Lillian Henkel, 139 West University Ave., Mädchen.

Johann und Therese Reichel, 1153 Harrison Ave., Knabe.

Harry und Margaret Mahler, 218 Renner Str., Knabe.

Joseph und Salome Mitziga, 448 Bank Str., Knabe.

Patrick und Lilly Halloran, 2138 Hatmaker Str., Mädchen.

John und Nettie Hotting, 1448 Harrison Ave., Knabe.

Peter und Eleonora Loth, 2869 Colerain Ave., Knabe.

John und Catherine Petter, 2902 Moreland Ave., Knabe.

Joseph und Ruth Weber, 1448 Harrison Ave., Knabe.

Geo. und Jennie Wormald, 121 W. Court Str., Knabe.

Sterblichkeitsbericht.

Barbara Arnold, 65, 251 Fairview Ave., Schwäche.

Anton Hoffmann, 62, 500 York Str., Nierenleiden.

Louise Yaeger, 69, 604 Straight Str., Herzleiden.

Mary Rosenberg, 70, 1024 Linn Str., Krebs.

Christine Mund, 80, 3531 Bevis Ave., Gehirnschlag.

John Dillenberger, 28, 217 Seitz Ave., Tuberkulose.

Joseph Wessel, 1, 1741 Dreman Str., Schwäche.

Casper Deye, 65, 1714 Pulte Str., Krebs.

James Somers, 51, 1115 Bank Str., Hitzschlag.

Adeline Smith, 78, 1435 Walnut Str., Gehirnschlag.

Elisabeth Sofge, 37, 1728 Linn Str., Inquest in Schwebe.

Albert Heidotting, 78, 907 Betts Str., Krebs.

Elisabeth Perry, 96, 134 Ost Auburn Ave., Arterienverkalkung.

Fannie Stevens, 72, 707 Clark Str., Harnsäurevergiftung.

Vogelschießen der Plattdeutschen.

Das Vogelschießen und Picnic der Plattdütsken Vogelscheiten Gesellskup wird am Sonntag, 28. Juni, im Clifton Garten in Newport abgehalten. König John Korte und Königin Marie Engeln werden das Fest mit ihrem Hofstaat besuchen, nämlich mit den Adjutantenpaaren John Engeln und Kate Korte sowie Tom Buerns und Sophie Buerns. Auch Präsident August Schroer und Sekretär John Engeln sind zu Hofe befohlen worden. Für das Fest ist ein hübsches Unterhaltungsprogramm vorgesehen und sicherlich gibt es Vergnügen für jeden Theilnehmer in Hülle und Fülle.

Perfekt

Ist nunmehr die Organisation der Retail Merchants Association.

Die Organisation der Cincinnati Retail Merchants Association, deren Gründung vor einigen Tagen in die Wege geleitet worden, wurde gelegentlich einer gestern in den Räumen der Handelskammer stattgehabten Versammlung zur Thatsache.

Die von einem Kommittee ausgearbeitete Verfassung gelangte zur Verlesung und Annahme und die Beamtenwahl ergab das folgende Resultat: Präsident, Andreas Burckhardt; Vize-Präsident, James P. Orr und R. H. Wurlitzer; Sekretär, H. Serkowich.

Ferner wurde ein aus den Herren R. H. Wurlitzer, Julius Kline, E. J. Frankenstein, James P. Orr und J. E. McLain bestehendes Agitations-Kommittee ernannt, das Mitglieder anwerben und gelegentlich einer am kommenden Mittwoch stattfindenden Versammlung über seine Thätigkeit berichten soll. Die nächste allgemeine Versammlung der Vereinigung findet am kommenden Freitag Nachmittag um zwei Uhr in der Handelskammer statt.

Verlangt Auskunft.

Schulrath soll Liste seiner Angestellten unterbreiten.

Die städtische Civildienstkommission ist gegenwärtig auf den Schulrath nicht gerade gut zu sprechen, weil nämlich der Schulrath es soweit unterlassen hat dem Verlangen der Kommission zu entsprechen und eine genaue Namensliste aller seiner Angestellten zu unterbreiten, wie es das Civildienstgesetz nach der Ansicht der Civildienstkommission verlangt. In der gestrigen Sitzung der Kommission wurde beschlossen den amtierenden Schulrathspräsidenten Shockley vorzuladen und von ihm eine Erklärung zu verlangen.

Ferner will die Kommission versuchen sich einen eignen Arzt zu sichern, der die Applikanten um Anstellung im Feuerwehr- und Polizeidepartement auf ihre körperliche Tüchtigkeit hin untersuchen soll. Auf Antrag von Dr. Keefer wurde ein Beschluß angenommen, laut welchem der Stadtrath ersucht wird eine Ordinanz zu passieren, welche die Schaffung des Postens eines Arztes für die Civildienstkommission vorsieht.

Dr. Keefer hielt die Schaffung dieses Amts für nothwendig, da bekanntlich die Posten der Polizei- und Feuerwehrärzte, die bisher die Untersuchungen vornahmen, abgeschafft werden sollen. Herr Wilby war gegen den Antrag, wurde jedoch überstimmt.

Die Kommission nahm eine Einladung der Civic League von Cleveland an, einer Versammlung am kommenden Donnerstag in Columbus beizuwohnen, wo eine State Civil Service Association in's Leben gerufen werden soll. Gelegentlich dieser Versammlung werden C. B. Wilby, von hier, Governeur Cox, James R. Garfield und Samuel A. Hoskins, der Präsident der Staats-Civildienstkommission Ansprachen halten.

Rechtsgutachten

Verlangt Bürgermeister Spiegel bezüglich der Verpachtung des Ludlow Avenue Viadukts.

Stadtanwalt Schoenle soll die Rechte der Stadt definieren.

Bürgermeister Spiegel wird vorläufig die Ordinanz, laut welcher die Straßenbahngesellschaft eine jährliche Pacht von $1200 für die Benutzung des Ludlow Avenue Viadukts bezahlen soll, nicht mit seiner Unterschrift versehen, sondern vorerst ein Rechtsgutachten des Stadtanwalts Schoenle als offiziellen Rechtsbeistands der städtischen Behörden abwarten.

Der Stadtanwalt soll ein schriftliches Gutachten darüber abgeben, ob die Stadt unter dem Gesetz das Recht hat, mit der Straßenbahngesellschaft ein Abkommen zu treffen, laut welchem an Stelle der Bezahlung eines Antheils an den Baukosten des Viadukts ein jährlicher Pachtzins tritt. Gleichzeitig soll Herr Schoenle sich darüber äußern ob der Stadtrath das Recht hatte die ursprüngliche Ordinanz zu widerrufen, laut welcher die Straßenbahngesellschaft gehalten war, einen Theil der Baukosten zu bezahlen.

Examinator Moses Blau vom Staatsbureau für einheitliche Buchführung ist der Ansicht, daß die Stadt auf dem ursprünglichen Abkommen bestehen muß, das die Bezahlung eines Theils der Baukosten seitens der Straßenbahngesellschaft vorsieht. Zur Begründung seiner Ansicht wies er auf ein in der verflossenen Session der Staatsgesetzgebung zur Annahme gelangtes Gesetz hin, welches vorschreibt, daß kein Kompromiß für Erledigung irgendwelcher finanziellen Ansprüche eines Gemeinwesens von irgend einem Beamten abgeschlossen werden kann, es sei denn das der Staats-Generalanwalt seine Erlaubniß zu solchem Abkommen gegeben hat.

127 Ost Siebente Str.
nahe der Main Straße.
Die Geschäftsstelle und Redaktion des Volksblatt befinden sich jetzt in
127 Ost Siebente Str.
nahe der Main Straße.

Zum Ehren-Präsidenten

Hat die Deutsche Tag-Gesellschaft Richter A. H. Bode gewählt.

Eine wohlverdiente Ehrung wurde gestern Abend Richter A. H. Bode, dem langjährigen Präsidenten der Deutschen Tag Gesellschaft in Anerkennung seines rastlosen Wirkens im Interesse des Deutschthums im Allgemeinen und der Deutschen Tag Gesellschaft im Besonderen zu Theil. Richter Bode wurde, nachdem er bekanntlich vor einiger Zeit trotz dringlichster Aufforderung eine Wiederwahl für das Präsidentenamt der Deutsche Tag Gesellschaft entschieden abgelehnt hatte, zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft erwählt und von dieser Ehrung wurde er gestern Abend gelegentlich der regelmäßigen Versammlung der Gesellschaft die in der Central Turnhalle unter dem Vorsitz des Präsidenten A. B. Gorbach und der Protokollführung des Sekretärs E. W. Eichler stattfand, in Kenntniß gesetzt.

Präsident Gorbach war die ehrenvolle Aufgabe geworden, Herrn Bode offiziell den Beschluß der deutschen Tag Gesellschaft mitzutheilen und er that es in einer kurzen, herzlichen Ansprache, die mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Herr Gorbach sagte etwa Folgendes:

„Werther Herr Bode,

Mit ganz besonderer Freude entledige ich mich des ehrenvollen Auftrags Sie offiziell davon zu benachrichtigen, daß Sie von dieser Gesellschaft, deren Geschicke Sie seit einer Reihe von Jahren als Oberhaupt geleitet, zum Ehrenpräsidenten erwählt worden sind. Die Deutsche Tag-Gesellschaft betrachtet diese Erwählung als eine Ehrung ihrer selbst, denn es ist wohl nur wenigen Vereinen vergönnt, einen so tüchtigen, uneigennützigen Führer volle 15 Jahre lang an seiner Spitze haben zu können, einen Führer, der es verstanden hat, während dieser Zeit das Schifflein stets im rechten Fahrwasser zu halten. Wir wissen wohl, daß es Anfangs häufig sehr schwer hält, das Vereinsschifflein vor dem Stranden zu bewahren, aber Ihrer Ausdauer und Ihrer rastlosen Thätigkeit verdanken wir es, daß die Deutsche Tag Gesellschaft allen Stürmen zu trotzen vermochte und heute größer und mächtiger dasteht, als je zuvor.

Wir bedauern es aufrichtig, daß Sie vom Präsidentenamt zurückgetreten sind, freuen uns jedoch, Sie auch fernerhin als Rathgeber und Mitarbeiter in unseren Versammlungen und bei unseren Festen begrüßen zu können.

Das Deutschthum Cincinnatis besitzt nur wenige solch opferfreudiger Kämpen, die unentwegt für die deutschen Ideale eintreten, wie Sie es während Ihres langen, erfolgreichen Lebens gethan haben und wir begleichen unsere Dankesschuld, die wir Ihnen gegenüber haben, in nur ganz geringem Maße, wenn wir Sie heute auf die Ehrenliste unserer Kämpfer für die deutsche Sache stellen.

Zum Schluß erlaube ich mir Ihnen im Namen der Deutschen Tag Gesellschaft den aufrichtigsten Dank für Ihre langjährigen, werthvollen Dienste abzustatten und gebe dann noch der Hoffnung Ausdruck, daß Sie sich noch lange Jahre guter Gesundheit erfreuen mögen und daß wir während dieser Jahre recht häufig das Vergnügen und die Ehre haben werden, Sie in unserer Mitte begrüßen zu können."

Nachdem der Beifall, den Herrn Gorbach's Ansprache hervorgerufen, sich gelegt hatte, erhob sich Richter Bode und gab in kurzen Worten seinem Dank für die ihm erwiesene Ehrung Ausdruck, während er unter lebhaftem Applaus den Delegaten versicherte, daß er nach wie vor für das Deutschthum und die deutsche Sache wirken würde. „So lange meine Beine mich tragen," schloß Richter Bode," „und so lange mein deutsches Herz noch schlägt, werde ich, wie ich es seit nunmehr 47 Jahren gethan, für das Deutschthum wirken."

Der geschäftliche Theil der Versammlung war von nur sehr kurzer Dauer. Die Herren C. W. H. Luebbert und Ludwig Mueller wurden als Delegaten der Deutschen Tag Gesellschaft für das Kommittee ernannt, das Vorbereitungen für den Empfang der deutschen Turner treffen soll, die vom 22. bis 24. September hier weilen werden. Dieses Kommittee wird am Dienstag Abend in der Nord Cincinnati Turnhalle eine Sitzung abhalten.

Sekretär Eichler gab bekannt, daß für den Deutschen Tag bereits die Kontrakte für die Lieferung des Feuerwerks sowie für den musikalischen Theil des Programms, den John C. Weber's Kapelle durchführen wird, abgeschlossen wurden.

Herr F. Knieriem machte die Delegaten darauf aufmerksam, daß Präsident Gorbach beabsichtigt ein Buch zu veröffentlichen, das statistische und historische Angaben über alle hiesigen Vereine enthält und auf Herrn Knieriem's Antrag wurde beschlossen, daß die Deutsche Tag Gesellschaft Herrn Gorbach Alles in ihrem Besitz befindliche Material, das ihm von nutzen sein kann, zur Verfügung stellen kann, zur Verfügung stellen.

Nach Erledigung der Geschäfte fand zu Ehren des neuen Ehrenpräsidenten ein kleiner informeller Kommers statt.

Dump-Feuer

Machen gegenwärtig der Stadtverwaltung Sorgen und Unkosten.

Die riesige Hitze der letzten Tage hat unter Anderem auch eine Reihe von „Dump"-Feuern veranlaßt, welche der Stadtverwaltung bedeutende Unkosten und auch Sorgen machen.

Das hartnäckigste derartige Feuer brennt seit Montag an der Spring Grove Avenue, obschon seit dem Ausbruch der Flammen ununterbrochen Löschmannschaften dort thätig gewesen sind. Ein weiteres ähnliches Feuer kam in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch im Inwood Park zum Ausbruch und außerdem hatte die Feuerwehr auch noch Dump-Feuer in Avondale und in Corryville zu bekämpfen.

Feuerwehrchef Bunker ist der Ansicht, daß diese Feuer vermieden werden könnten, wenn beim Abladen von Schutt etwas vorsichtiger zu Werke gegangen wird und nicht glühende Asche und leicht entzündliche Stoffe mit dem Schutt abgeladen werden. Er hatte in der Angelegenheit gestern eine Konferenz mit Arbeitsdirektor Fosdick, der sich mit dem Superintendenten des Straßen-Reinigungs-Departements Fred. Maag in Verbindung setzen und die nöthigen Anordnungen bezüglich des Abladens von Schutt in der Zukunft erlassen wird.

Entlassungen

Dürften aus Geldmangel in der Stadtverwaltung verfügt werden.

Wie Bürgermeister Spiegel gestern andeutete, werden demnächst im Rathhause eine Anzahl Entlassungen verfügt werden müssen. So ungern der Bürgermeister auch zu einer solchen Maßregel seine Zuflucht nimmt, so kann er sich absolut nicht anders helfen, denn die städtischen Behörden müssen sich in den nächsten sechs Monaten nach der Decke strecken, die außerordentlich kurz ausgefallen ist.

Die Stadtverwaltung sieht sich nämlich für die nächsten sechs Monate, wie sich bei der Aufstellung des Budgets herausgestellt hat, einem Defizit von nahezu $350,000 gegenüber und um diesen Fehlbetrag einzubringen, müssen selbstredend die Ausgaben der einzelnen Departements auf das Allernothwendigste beschränkt werden und infolgedessen wird das Personal, wo immer es sich machen läßt, ohne das betreffende Departement direkt zu schädigen, gekürzt werden.

In welchen Departements Entlassungen vorgenommen werden sollen, darüber wird sich Bürgermeister Spiegel heute oder am Montag schlüssig werden, nachdem er mit Auditor Leimann nochmals die einzelnen Posten des Budgets genau nachgeprüft hat.

Wau! Wau!

George Bryant, 35 Jahre alt, verursachte gestern an der 4. Straße und Broadway einen Auflauf, welcher zu seiner Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus führte. Bryant, welcher durch das Gemisch von Hitze und Alkohol seiner Geistesthätigkeit in normaler Weise beraubt wurde, bildete sich ein, durch eine Seelenwanderung — eine Hundeseele in sich zu bergen und brach in lautes Bellen aus. Einem Hunde gleich biß er nach Passanten und sein lautes Wau-Wau hatte auch die Polizei-Sergeanten Bäuerlein und Heidenreich angelockt. Bryant biß auch nach den Beamten, sodaß sich dieselben gezwungen sahen, dem Mann einen Polizei-Maulkorb anzulegen, um ihn nach dem städtischen Krankenhaus bringen zu können.